

# Arbeiter-Zeitung

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Geltion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ost Sachsen

Gedruckt jeden Werktag nachmittags ★ Bezugspreis halbmonatlich bei uns Haus 1 Mark monatlich 2 Mark; durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Belehrungsgebühr einschließlich der Beilagen. Der kommunistische Gewerkschaftsverband „Der kommunistische Gewerkschaftsverband“ „Die Kommunisten“, sowie der illustrierte Verlag „Der rote Stern“ ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-IV, Güterbahnhofstraße 2, I. Vermögenswert: 17 250. ★ Redaktion: Dresden-IV, Güterbahnhofstraße 2, I. Sprechstunden der Redaktion: täglich nachmittags von 4—6 Uhr. Sonntags von 4—6 Uhr. ★ Politiksekretär: Dr. 13 519 Dresden, Emil Schlegel. ★ Anzeigenpreise: 30 Goldpfennige für die monatlich gefüllte Monatszeitung, 20 Goldpfennige für die Familienzeitung, 10 Goldpfennige für die Zeitungsteile entstehend an den berücksichtigten Zeitpunkten. ★ Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang

Donnerstag, 16. April 1925

Nummer 12

## Kein Gewerkschaftler wählt Marx!

Gewerkschaftsmitglieder für Thälmann — Die Verbandsbürokratie für den Zentrumsmann — Kämpft für die Einheit der Gewerkschaften

Braunschweig, 15. April 1925.

Die in Braunschweig im Lokal „Stadt Helmstedt“ stattgefundenen

Mitgliederversammlung des Tätiler- und Tapizerer-Verbandes

wählt nach einem Referat des Genossen Kleine über „Die Reichsverfassung im Interesse des Proletariats“ nachfolgende Resolution an:

Die Mitgliederversammlung des Tätiler- und Tapizerer-Verbandes bringt zum Ausdruck, daß ihre Interessen in keinem kapitalistischen Staat, ob monarchistischen, oder republikanisch-demokratischen, wahrgenommen werden. Dieses kann nur geschehen in einer Arbeiter-Republik. Nach den Aussführungen des Kollegen A. ist die Versammlung davon überzeugt, daß sie für seinen bürgerlichen Präsidentschaftskandidaten eintreten kann. Weder für einen Deutschenationalen, noch für den Zentrumskandidaten Marx, der keine Direktiven von Rom und seinen kapitalistischen Auftraggebern bekommt. Daraus: Alle Stimmen am 26. April nur dem

### Arbeiterkandidat Thälmann!

Die Annahme der Resolution zeigt den wachsenden Einfluß der SPD. in den Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsmitglieder rüsten zum Kampf um ihre Rechte und Interessen. Sie fangen an zu begreifen, daß nur die Kommunistische Partei den Kampf mit den Arbeitern führt. Die Aufrufserklärung der Gewerkschaftsmitglieder, den Kandidaten Thälmann zu wählen, ist die Willensklärung zum Kampf.

### Verstärkter Feldzug gegen die Arbeiter

Erleichterungen für die Kapitalisten.

Der Reichswirtschaftsminister hat vor dem Reichstag eine Rede über die Wirtschaft Deutschlands gehalten. Besonders ist in dieser Rede einiges das Gesagte, daß die Hoffnungen auf einen Export sehr schlecht sind. Die Siegerstaaten hatten Deutschland abgetrennt. Zweitens ein Förderung nach einer Herabsetzung der Preise. Dies soll durch eine Heraufsetzung der Löhne der Angestellten geschehen. Die gelernten Arbeiter will man als Aristokratie und Schuttruppe der Kapitalisten erscheinen und gewinnen. Dann sollen die Steuern für die Kapitalisten herabgesetzt werden. Drittens ist noch das Jugendarbeitsamt, das die Volljährigkeit der Handelsblätter seit Januar 1924 rund 4 Millionen betrage. Das bedeutet, daß die Volljährigkeit in den 3 Monaten des Jahres 1925 die Höhe des gesamten Jahres 1924 erreicht hat.

Durch erhöhte Ausbeutung will die Luther-Regierung einen Ausgleich schaffen. Marx, der Kandidat der SPD, führt die Regierung.

### Urabstimmung in der Metallindustrie

Berlin, 16. April. (Eigene Drahtmeldung.) Eine Konferenz des Metallkartells lehnte gestern abend nach eingehender Diskussion die Entscheidung über den neuen Manifakturab und beschloß, am Freitag eine Urabstimmung in den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller vorzunehmen.

### Die Bielefelder Metallarbeiter für den Kampf

Bielefeld, 16. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestern stattgefundenen Urabstimmung in der Metallindustrie ergab die Ablehnung des vom Reichsarbeitsminister unterbreiteten Einigungsvorschlags. 55 Prozent der Streikenden und Ausspererten stimmten für Ablehnung. Der Streik geht weiter.

### Streik der Metallarbeiter in Breslau

Breslau, 16. April. (Eigene Drahtmeldung.) Nachdem bereits die Auspiskomitee etliche Tage im Streik waren, haben in verschiedenen Betrieben auch die Dreher, Formar und Modelleller die Arbeit niedergelegt. Der Grund zur Arbeitsniederlegung sind Lohndifferenzen.

gegen die Vertreter des Kapitals  
für den Achtstundentag  
für die 40 Prozent Lohnherabsetzung  
für die Arbeiter-Räterepublik.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht heute einen Aufruf des ADGB, AIA und ADB zur Wahl von Marx. Es heißt darin unter anderem: „Im Kampfe gegen den Imperialismus, gegen die Vorherrschaft des Unternehmers und seiner Hilfsgruppen, im Kampf für die politische und wirtschaftliche Freiheit ist es eine Pflicht der Selbstverteidigung aller Gewerkschaften, am 26. April gegen Hindenburg, für Wilhelm Marx zu stimmen.“

Die Braunschweiger Tätiler haben den Krechten des Kapitals die Antwort im voraus gegeben. Die Annahme der obigen Resolution ist die scharfe Ablage an diese reformistische Führerschaft, welche die Arbeiterschaft immer wieder den Kapitalisten auslieft. Die Gewerkschaften müssen allerorts dem Beispiel von Braunschweig folgen. Kampf gegen die Auslieferung an das Kapital, Kampf für die Einheit der Gewerkschaften.

Gestern haben die englischen und russischen Gewerkschaften zur Einheit aufgerufen. Eine Konferenz, die elf Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter vertrat, forderte die Arbeiter aller Länder auf, gegen die Einheitsfront der internationalen Kapitalisten die Einheit der Werktätigen herzustellen. Die Konferenz zeigte den Arbeitern, daß der Achtstundentag verloren ging, daß Millionen Arbeiter arbeitslos sind, daß ein neuer Krieg vorbereitet wird.

Die deutschen Gewerkschaftsbureaucraten aber führen die Arbeiter den Kapitalisten zu.

Folgt den Verrätern nicht, bildet die Front der Arbeiter.

### Bählt Thälmann!

### „Die Kämpfe gegen die Korruption“

Barmat-Ausführ.

Berlin, 16. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Direktoren des Briller-Hotels wurden vernommen und befürdneten, daß sozialdemokratische Führer, vornehmlich Heilmann, Bauer, Wels und Richter fast täglich Barmat-Ausführungen waren. Die Rechnungen für alle Schlemmereien sind seit von Barmat beglichen worden.

Diese korrumpten Gelehrten haben den Mut, gegen die Korruption einen Aufruf loszulassen. Die Arbeiter werden diese geklauten Rechte und ihren Kandidaten Marx zum Teufel jagen.

### Die Morde an den Bergarbeitern

Grubenbarone und Behörden sind die Schuldigen.

Ehen, 16. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Bericht des Unfallausschusses der Gruben Sicherheits-Kommission über die Explosion auf Minister Stein am 11. Februar ist zur Veröffentlichung freigegeben. In dem amtlichen Bericht werden Vorwürfe sowohl gegen die Felsenleitung, als auch gegen die Bergbehörde erhoben und dabei die Schuld dieser Stelle an dem Unglück auf Minister Stein zugeschoben. Nur die zwei Vertreter des Felsenkantons stimmen gegen die entscheidenden Teile des in dem Bericht niedergelegten Untersuchungs-Ergebnisses.

Wo bleibt die Bestrafung der Schuldigen?

### Feuerschichten im Saargebiet

Saarbrücken, 16. April. (Eigene Drahtmeldung.) Bei den Bergarbeitern der Saargrube, etwa 70 000 Mann, sind in diesem Monat zwei Feuerschichten eingerichtet worden, weitere Feuerschichten werden für Mai angekündigt.

### Hinterjustiz in Ostland

Kowno, 16. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Mitglieder des ostpolnischen Parlaments, die Genossen Welt und Zukalow, sind wegen Beteiligung am Kommunistenhandbuch durch Gerichtshof hingerichtet worden.

Die Mordbuben in Ostland morden die Klassenlämpchen. Die Sozialdemokraten defense die Mordjustiz. Sozialdemokraten müssen die Regierung der Mörder, Proletariat, kämpft gegen die Mordbanditen!

### Der Aufmarsch der Monarchisten!

Wer ist schuld?

Die Aufführung der Kandidatur Hindenburg hat den deutschen Arbeitern gezeigt, wie nahe die monarchistische Restauration herangerückt ist. Den Sozialdemokraten gab die Aufführung des Majenziäglächters eine erwünschte Gelegenheit, die Propaganda umzulegen. Es wäre ihnen schwer geworden, den Kandidaten der Kulturreaktion, der Ausnahmegelehrte, der Arbeitszeitverordnungen, als den Kandidaten der Arbeiter zu preisen. Durch die Entgegenseitung des Marsches der Sommelämpfe hat die Reaktion die Lage erleichtert. Mit einer beispiellosen Freiheit und Demagogie betrügt und verwirrt die Gesellschaft der Verräter die Arbeiterschaft.

Die Bande der Kriegstreunde erläutert den Arbeitern, wer Thälmann wählt, wählt Hindenburg.

Die Arbeiter dürfen sich durch diese trügerischen Männer nicht täuschen lassen. Gewiß, Hindenburg ist die Gefahr der Restauration der Monarchie, aber Marx ist es nicht weniger. Der Kampf gegen diese Gefahr kann nicht allein geführt werden mit dem Stimmzettel, so wie die Gefahr selbst nicht mit dem Stimmzettel herbeigeschafft wurde.

Das jetzt konkrete und akute Auftreten der monarchistischen Gefahr hat seine Wurzeln und sein Fundament in der von den Sozialdemokraten betriebenen Politik. Diese Sozialdemokraten, die jetzt den Arbeitern erzählen wollen, Monarchisten und Kommunisten seien eine Front, waren die besten Stützen der Monarchie und die treuesten Wegbereiter des Monarchismus nach der Revolution. Die Arbeiter hatten in den Novembertagen gegen von der Monarchie. Sie wollten gründlich aufzuräumen mit dem System der monarchistischen Herrschaft. Die Sozialdemokraten, die Ebert, Scheidemann, Otto Braun und Gesellen, versuchten alles, um die Monarchie zu retten. Scheidemann wurde Sekretär des Kaiserlichen Kabinetts. Ebert erklärte Herrn Fehrenbach, die Ziele der SPD. seien auch in der Monarchie zu erreichen. Rosse führte nach Kiel, den Streik der Werftarbeiter einzudämmen, der Parteidienst warf ein Flugblatt unter die Massen, Ruhe und Ordnung, Kaiserliche Ruhe, kapitalistische Ordnung forderten. Das Frankfurter Sozialdemokratenblatt schrieb, man sei immer für die Republik gewesen, doch könne man diese jetzt nicht erreichen, darum sei die Aufrechterhaltung der Monarchie notwendig.

Als die Arbeiter dennoch aufräumten, organisierten die Sozialdemokraten den Kampf gegen die revolutionären Arbeiter. Den Kampf im Rheinland wurden durch die Garde Rosse die Faschisten entzweit, die sie eben erst dem Schwerkapital genommen. In Berlin wurden die Arbeiter niedergehauen, die revolutionären Matrosen getötet.

Im Rheinland, der Westfalen, Mitteldeutschland und Berlin wurde geschlagen. Jedes Niederschlagen der kämpfenden Arbeiter war ein Schritt auf dem Wege zur Monarchie. 1920 folgte dann auch der erste Versuch, Kapp. Die Arbeiter standen auf, schlugen Kapp und wanderten dafür in die Gefängnisse, die Monarchisten blieben frei. Wieder ging der Zug gegen die Arbeiter. Die Inflation brachte die Arbeiter an den Hungertod. Die mitteldeutschen Arbeiter, die sich erhoben, wurden von der Reichswehr niedergehauen. Mit dem Vormarsch der Reichswehr in Sachsen wurde der Grundbau der neuen Monarchie fertig. Es fehlten nur noch Steine.

Wer aber stand an der Spitze dieser Republik des ununterbrochenen Bürgerkrieges gegen die Arbeiter? Der Sozialdemokrat Ebert. Wer deckte die Politik der Republik? Die Sozialdemokraten. Sie sind die Helfer und Wegbereiter der Monarchie. Sie führten die Truppen gegen die Arbeiter. Rosse in Berlin, Kiel und dem Rheinland, Hörsing in Mitteldeutschland. Wer holte und schickte die Reichswehr nach Sachsen? Die Sozialdemokraten Hilferding, Sollmann, Wels und Ebert. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Ruder schrieb: „Der Ausnahmezustand hat uns gerettet.“ Die letzten Steine zum Bau legte der Kanzler Marx. Er schuf die Ermächtigungsgelehrte, er bereitigte den Achtstundentag, er verstärkte den Stenodruck. Die Sozialdemokraten ließen Helfersdienste. Die Sozialdemokraten waren und sind also die Freunde der monarchistischen Restauration. Sie halten die Besitzungen und Rechte der Kaiser und Könige erhalten. In Sachsen bewilligten die Sozialdemokraten dem König 11 Millionen Mark Abfindung, für 9 Millionen Mark Land und Besitztümer. Über 8 Millionen Quadratmeter Ländereien, 1 Million Mark für übernommene Schlösser und unzählbare Werte aus den Kunsts- und Gemälde-Sammlungen. So steht der Kampf der Sozialdemokraten gegen die Monarchie aus.

Hindenburg ist der Kandidat der Deutschen Volkspartei, in Sachsen führen die Sozialdemokraten mit der Hindenburgpartei in einer Regierung.